

Zwang und freie Wirtschaft.

W. Essen, 10. Mai. (Priv.-Tel.) Die Vereinigung der Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks und die Vereinigung der südwestfälischen Handelskammern haben folgende Entschliessung gefasst:

Das kriegssozialistische System verringert durch seine ungünstige Rückwirkung auf die Erzeugung und Erhaltung der Güter die Summe der verfügbaren Lebensmittel und beeinträchtigt damit die Ernährung der breiten Massen der Bevölkerung. Sie vergeudet Arbeitskräfte und Intelligenzen, sie beraubt den Handel seiner hergebrachten Arbeit und Verdienstmöglichkeit und stellt die Behörden vor unlösbare Aufgaben, deren naturgemäß mangelhafte Erfüllung ihr Ansehen und das Ansehen des Staates bei der Bevölkerung herabsetzt. Es legt der ohnehin durch den Krieg beeinträchtigten Erzeugung nachgerade unerträgliche Fesseln auf. Die bäuerliche Wirtschaft leidet darunter ebenso wie Handwerk und Industrie, dagegen werden alle diejenigen Elemente des Volkes dadurch in den Vordergrund geschoben und in ihrem Treiben begünstigt, die in der rücksichts- und strupellosen Umgehung und Verreichung der Massen dieses unmöglichen Systems ihren Verdienst suchen. Die Unerschlichkeit nimmt auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens in erschreckender Weise zu, und es entsteht die Gefahr der Vernichtung eines der größten Güter unseres Volkes, seiner sittlichen Integrität.

Es ist notwendig, dieses falsche System so schnell wie möglich und mit starker Hand abzubauen. Da ein neues Erntefahr bevorzieht, ist diese Aufgabe der Lebensmittelbewirtschaftung besonders dringend. Die öffentliche Bewirtschaftung sollte vorläufig auf die Hauptwaren: Getreide, Fleisch und Fett beschränkt werden. Auch für sie wird zu erwägen sein, ob nicht das wohlbewährte, mildere System des Generalgouverneurs von Berlin vorzuziehen ist, nach dem zur Deckung von Mindestrationen nur ein Teil der ländlichen Erzeugnisse beschlagnahmt, der Rest aber unter Abnahme von Höchstpreisen billig frei gegeben wird. Das würde neben anderen wohlthätigen Folgen den Handel wieder ehlich machen und das Volk zur Wiederkehr einer gesunden Friedenswirtschaft erziehen, ohne die es seine wirtschaftliche Stellung in der Welt nicht wieder erlangen kann.

Was die Kartoffel angeht, so wird die Art ihrer Bewirtschaftung von den Ernteaussichten abhängig sein müssen. Bei einer normalen Ernte liegt die Hauptfrage in der Lösung der Ernte- und Versand Schwierigkeiten. Alle übrigen Erzeugnisse der ländlichen Wirtschaft, wie Obst, Gemüse, Eier, Geflügel, Milch usw., sollten im Interesse sowohl der erzeugenden wie der verzehrenden Bevölkerung umgehend freigegeben und von der taktisch überall gesicherten Festsetzung von Höchstpreisen befreit werden.

Die Absicht, die dieser in ihren Gedankengängen nicht eben neuartigen Kundgebung zu Grunde liegt, mag recht loblich sein, einzelne der gegebenen Anregungen: wie die Beschränkung der öffentlichen Bewirtschaftung auf den Kreis der dazu zweifellos geeigneten Ernährungszweige sind auch gewiss beachtenswert, die Anregung im ganzen und die Art ihrer Begründung bewegt sich aber in Gedankengängen, die vor der Kritik nicht stand zu halten vermögen. Daß die öffentliche Bewirtschaftung ihre schweren Mängel hat, wird von keinem Menschen bestritten, die Erfahrung hat aber gezeigt, daß sie immer noch erträglicher ist und das Durchhalten in stärkerem Maße sichert als die „freie“ Wirtschaft, auf die die Kundgebung im Grunde ja hinausläuft. Die alsbaldige Wiederherstellung der freien Wirtschaft muß das Ziel bleiben, aber um dieses Zieles willen dürfen wir nicht unser wirtschaftliches Durchhalten jetzt mitten im Kriege aufs Spiel setzen.